

20 Millionen Euro fürs Wikingeck?

Sanierung der Altlast wird deutlich teurer als geplant / Lkw-Transporte könnten die Callisenstraße ruinieren

Joachim Pohl

SCHLESWIG Die Sanierung der Altlast am Wikingeck wird deutlich teurer als angenommen. Bislang gingen Stadt und Kreis von rund 14 Millionen Euro aus, die gemeinsam von Stadt, Kreis, Bund und privaten Anliegern zu tragen sind. „Zurzeit werden aktualisierte Kostenschätzungen für die Sanierungsmaßnahme vorgenommen“, teilte der Kreis gestern auf SN-Anfrage mit. „Bisher steht ohne Zweifel fest, dass die ehemals angesetzten Gesamtkosten in Höhe von 14 Millionen Euro deutlich überschritten werden.“ Bürgermeister Stephan Dose erklärte vor kurzem, dass man über 20 Millionen reden werde.

„Kreis und Stadt betrachten die Sanierung dieses Altlastenstandorts weiterhin als gemeinsame Herausforderung, die zügig und nachhaltig angegangen werden muss“, so der Kreis. „Daran ändern auch neue Kostenprognosen nichts“, betonte Landrat Wolfgang Buschmann.

Bis Anfang oder Mitte des zweiten Quartals 2021 soll ein Konzept für die Sanierung der Altlast vorliegen. Danach folgt eine naturschutzrechtliche Untersuchung nach den Richtlinien für Flora-Fauna-Habitate, bevor man dann die Arbeiten europaweit ausschreiben könne, hieß es nach einem Treffen zwischen Vertretern von Stadt und Kreis mit Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, im Oktober 2020. 34.000 Kubikmeter verseuchten Bodens sollen ausgetauscht werden.

„Wenn alles klappt“, so Bürgermeister Stephan Dose, „sind wir im April oder Mai 2022 so weit, dass es gemacht werden kann.“ Dass die veranschlagten Kosten von 14 Millionen Euro nicht ausreichen werden, liegt nicht zuletzt daran, dass mögliche Folgekosten der Sanierung bisher nicht berücksichtigt worden sind.

Bis vor kurzem wurde abgewogen, ob der kontaminierte Boden eher auf dem Seeweg per Schute oder über die Straße per Lkw abtransportiert werden soll. Doch eine Abfuhr auf dem Wasserweg wurde zwischenzeitlich ausgeschlossen, teilte Julia Frie aus der Kreis-Pressestelle gestern mit.

Nach derzeitigem Plan wird das verunreinigte Bodenmaterial durch eine Kombination aus Baggerarbeiten und Spezialtiefbauverfahren ausgehoben und dann per Lkw abtransportiert. „Das sind dann ein Jahr lang 60 Lkw pro Tag“, sagte Bürgermeister Dose im Gespräch. Die würden dann über die Callisenstraße und den Europaplatz sowie die Gottorf-Kreuzung fahren: „Alle fünf Minuten ein Lkw ein Jahr lang. Die Straße ist dann hinüber.“ Die dadurch auf die Stadt zukommenden Kosten seien in der bisherigen Schätzung noch nicht berücksichtigt. In den Gesprächen im Herbst habe der Bund aber zugesagt, dass er sich auch an diesen Kosten beteiligen werde.

Als Entsorgungsmöglichkeiten stehen nach Mitteilung des Kreises die thermische Verwertung in einer Verbrennungsanlage, die Reinigung in einer Bodenwaschanlage oder die Deponierung auf einer dafür zugelassenen Abfalldeponie zur Verfügung. Wie die verunreinigten Böden am Ende tatsächlich entsorgt werden, ergebe sich erst nach der Ausschreibung der Baumaßnahme im Laufe dieses Jahres. „Aufgrund der kleinräumigen Verhältnisse auf der Wikinghalbinsel wird für die Zwischenlagerung von Böden und die Entwässerung der ausgehobenen Schlei-Sedimente eine größere Fläche in der Umgebung von Schleswig benötigt“, so Julia Frie. Die hat man offenbar noch nicht gefunden.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Beteiligung der privaten Anlieger an den Sanierungskosten. Nach SN-Informationen sind es insgesamt fünf, von denen jedoch zwei nur sehr marginal betroffen sein sollen, weil sich nur sehr geringen Mengen des verseuchten Materials auf deren Grundstücken befindet. Der Kreis verhandelt jetzt mit den Anliegern über eine angemessene Beteiligung an den Gesamtkosten. Dabei geht es offenbar nicht zuletzt um die Frage, ob die privaten Eigentümer bei Erwerb des Grundstücks gewusst haben, dass unter Umständen eine kostenintensive Bodensanierung auf sie zukomme. Ziel ist eine sozial verträgliche und einvernehmliche Lösung. „Sämtlichen Eigentümern werden sozialverträgliche Lösungen angeboten, die individuell vereinbart werden“, so der Kreis. Die weiteren Anwohner der Callisenstraße werden nach der Genehmigung des Sanierungsplans im Mai dieses Jahres über Details informiert.“